

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Knödel, Dresden und Sachs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkönig

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn in der 45. Woche vom 8. November bis 9. November 85 Millionen M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 7 Milliarden M., Einzelnummer 7 Milliarden M.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzugspreis: Grundpreis mal Schüsselzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Konpareille 100 M., die 90 mm breite Reflammele 400 M., für auswärtige Anzeigen 120 u. 500 M. Schüsselzahl: 130 Millionen. Familienangelegenheiten und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefrücklegung 10 P.

Nr. 261

Dresden, Donnerstag den 8. November 1923

34. Jahrg.

## Der geschmähte November

Wenn es nach den Drohungen des faschistischen Wandertums geht, soll heute der Putz gegen die Republik, die Marxisten und alle die Volksleute losrollen, die vom gewesenen wilhelminischen Deutschland für immer genug haben. Verachte Offiziere, bezahlte Mörderorganisationen, hysterische Rationelle, vom Großkapital ausgehaltene bewaffnete Banden haben sich um die Fahne des Hakenkreuzes gesammelt, um am 9. November 1923 die Schmach des 9. November 1918 mit Bürgerkriegsblut zu tilgen.

Wir geben zu: eine Schmach ist dieses Datum — und zwar für die Herrschenden, die das deutsche Volk in die entsetzlichste Katastrophe aller Zeiten stürzten, die es vier Jahre hindurch belogen, betrogen und in einen Zusammenbruch ohne gleichen führten. Schmachvoll ihr Verhalten vor dem Kriege, schmachvoll ihre Kurzsichtigkeit und Egoismus während des Krieges, schmachvoll, wie Ludendorff in überhöchster Hochtun und Waffenstillstand bettelte, schmachvoll, wie Wilhelm antrieb, der Kronprinz ebenfalls auf jedes Märtyrertum verzichtete, Ludendorff zur blauen Brille griff und seine Front bis nach Schwaben konzentrierte! Schmachvoll, wie reich Wilhelm von seinen Betreuen den Eifersuchtstakt bekam, wie reich die Kreuzzeitung ihr Feldzeichen „Mit Gott für Aönia und Vaterland“ vom Zeitungskopf verschwinden ließ. Schmachvoll, wie klein und hurtig die Monarchen von ihren Thronchen kletterten, wie vorbehaltlos die Beförden abdankten und alle weitere Verantwortung der Sozialdemokratie überließen, wie gewandt sich die bürgerlichen Parteien neue Namen zulegten, und wie beflissen sich manche bürgerliche Zeitung, die heute wieder auf die Sozialdemokratie schimpft, damals bemühte, ein Organ der Sozialdemokratie zu werden!

Natürlich, es ist eine historische Schmach, wie damals die herrschenden Schichten ins Wasserloch krochen, wie feig die Schuldigen am Zusammenbruch sich unschuldig stellten. Inzwischen ist mancher derer, die bis zur Novemberrevolution am alten Regime klebten, innerlich vom Alten, Ueberlebten, Gewesenen losgekommen, und wir denken nicht daran, mit dieser Erinnerung jene Teile des Bürgertums herabziehen zu wollen, die aus der Zeit gelernt haben und an der neuen Verfassung ehrlich festhalten. Aber viele derer, die sich in jenen Sturmtagen aus Angst vor der Volkswut hinter der Sozialdemokratie versteckten und an unsre Humanität appellierten, schreiben heute nach der „Abrechnung mit den Novemberverbrechern“ — und das ist das Schmachvollste im Schandbuch dieser edlen Velden. Mit einem Wutbad von Boyern bis zur Ostsee möchten sie ihre moralische Niederlage von damals vergessen machen. Sie irren. Die Schmach bleibt. Sie kann höchstens größer werden.

Wie ist es möglich, daß dieses reaktionäre Nationalunkentum eine militärische Macht sammeln konnte, die Frankreich zu einer neuen Entwaffnungsaktion auf den Plan zu rufen droht? Wie ist es zu erklären, daß heute die Republik von Vanden eingekreist ist, die ihr den Tod anspannen? Fassen wir die wesentlichsten Gründe kurz zusammen:

Erstens, weil infolge des Zusammenbruchs breite Schichten ins sozialistische Lager hineingetrieben wurden, die vorher durch feinerlei politische Schulung gegangen waren, die die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des sozialistischen Lagers vermehrten, die die unselige Spaltung in mehrere proletarische Gruppen und Gruppchen begünstigten und den Bruderstreit vervielfältigten.

Zweitens, weil das Volk zu rasch vergißt, weil es vor lauter sozialistischem Brudergeist die Schuld der Kriegsverbrecher und Zusammenbruchstrategen kaum noch sah. Die Republik war es, die von der Rache der Sieger getroffen wurde; sie war es, die die Sünden des kaiserlichen Deutschlands büßen und drakonische Reparationsforderungen erfüllen sollte. Ein großer Teil des Volkes grüßte dieser Republik und vergaß, welchem „inneren Feind“ wir es zu verdanken haben, wenn uns ein Versaillesvertrag, die Befehle des Auhrevers und Voicarcés Niederhaltungspolitik den Schwachtriemen enger zieht.

Drittens, weil jene bürgerlichen Parteien, die sich auf den Boden der Demokratie und Republik stellten, nie den Willen und die Kraft aufbrachten, mit den Feinden der Republik ernsthaft abzurechnen. Denn so sehr ein Reichsfänger Wirth, so eheulich mancher Demokrat auch hinter der neuen Verfassung stand — schließlich sind Demokraten und Zentrum doch Parteien, in denen kapitalistische Gedankengänge eine große Rolle spielen. Wo sich diese Mittelparteien — von der stinnesfertigen Volkspartei nicht zu reden! — für rechts oder links entscheiden mußten, entschieden sie sich entweder gar nicht, oder sie fielen nach rechts. Ein Gewurstel, bei dem Republik und Demokratie mit verwirrt wurden.

Es gibt noch ein Viertes und Fünftens: D. S. P. D. und K. P. D. Die Kommunisten sind von ihrer Putzaktion und Diktaturphantasie bis heute noch nicht losgekommen. Wo, wie in Sachsen, die proletarische Einheitsfront zur Wirklichkeit werden konnte, durchlöcherter sie diese Einheit durch putzistische Sonderparolen. Und die Sozialdemokratie? In dem Bemühen, durch Regierungskoalitionen mit bürgerlichen Parteien diese Mittelparteien zu Reformen und republikanischen Konsequenzen zu zwingen, ließ sie sich mehrfach über die Grenzen hinaus drängen, die unsrer Zusammenarbeit mit halb- und ganzkapitalistischen Vertretern gezogen sind.

Die sozialdemokratische Arbeiterkraft hat in diesen fünf Jahren viel gelernt, und selbst wenn die Verfassung eines Tages infolge der Halbheit, Feigheit und Verschobenheit der bürgerlichen Republikaner fiele — die sozialistische Arbeiterkraft steht. Unsere historische Aufgabe heißt: Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft. In diesem Kampfe bedeuten diese fünf Jahre eine lehrreiche Skoppe, und in diesen Tagen, da die Republik vor der Frage: Sieg oder Niederlage? steht, muß das Wort von Karl Marx, den heute ein faschistisches Stoppzeug schmätzt, das nie auch nur einen Satz von ihm kopiert hat, in Erinnerung gebracht werden:

Proletarische Revolutionen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Schwächen, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niedergeworfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafte Kräfte gegenüber wieder aufrichte, schrecken von neuem zurück, vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst zusehen: Hic Rhodus, hic salta!

Was uns denn auch die nächsten Tage, Wochen, Monate bringen mögen, ob Putz und Chaos, ob Sieg oder Schlappe: der sozialistische Endsieg kann nur aufgeschoben, nicht aufgehoben werden. Parteien können mattgelegt, zerstückelt, aufgegeben werden, nie aber Ideen, die so im Boden der Entwicklung verwurzelt sind wie die sozialistische. Beschlüsse können durchlöcherter, verächtlicher, getrontwepelt werden — die Arbeiterkraft bleibt. Festigt auf Kleinfabrikanten und Maschinengewehre glaubt heute die Reaktion, ohne, ja gegen das sozialistische Proletariat regieren zu können. Gut, sie mögen es versuchen. Wie haben politische und wirtschaftliche Konjunkturen so getrogen, so geschwankt, so rasch gewechselt, wie in diesen Zeiten des Chaos. Und je brutaler die Kampfmittel ihrer Bedrücker und Ausbeuter, desto eher werden die Gegenläufe und Meinungsverschiedenheiten aus den Reihen der werktätigen Massen verschwinden müssen. Die Volkwerke unsrer Kraft jedoch bleiben unsre Organisationen, unsre Partei, unsre Presse. Die gilt es zu erhalten durch alle Not dieser Tage!

Am 9. November kam die Stunde, da die Herrschenden ihre Positionen freiwillig räumten. Es wird der Tag kommen, da wir sie erobern. Und das erst wird der Tag unsres Sieges sein.

### Die „Regierung des Vertrauens“

Die Deutschnationalen enthüllen ihre Absichten täglich ungenierter. Immerhin besteht eine einheitliche Auffassung selbst unter ihnen nicht. Das ergibt sich insbesondere aus den Forderungen, die die wölkische Deutsche Zeitung am Mittwochabend ausstellt. Sie verlangt nicht nur den Rücktritt Stresemanns, sondern auch die Unterstellung des Kabinetts unter einen deutschnationalen Reichskanzler. Außerdem wird der Rücktritt des Reichspräsidenten und seine Neuwahl durch das Volk gefordert.

Die Richtung Bergl-Belferich innerhalb der deutschnationalen Fraktion sieht weniger auf Neukandidaturen. Sie verlangen zwar auch die Amtsenthebung Dr. Stresemanns, aber verknüpfen diese Forderung nicht mit dem Verlangen, selbst einen deutschnationalen Reichskanzler zu stellen. Mehr Gewicht legen sie auf die politischen Richtlinien, die vor allen Dingen die Wehrhaftmachung des Volkes, Bruch mit Frankreich und Auskultung der Sozialdemokratie aus allen Ämtern stellen, des Reiches und der Länder betreffen. Für das Kabinett, das diese Aufgaben durchzuführen und sich auf „weiteste Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung“ stützen soll, ist die Forderung bereits erfinden, es trägt den Namen „Regierung des Vertrauens“. Die neue Firma hat recht, wenn sie sich wenigstens im voraus selbst ihres Vertrauens versichert, denn im Volke dürfte schon nach achtstägiger Regentenschaft diese faule Melange nicht mehr stehen.

Aber wie die Reaktion aufs Ganze geht, zeigt folgender Antrag, den die Deutschnationalen an den Reichstag stellen:

Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuss von 25 Mitgliedern einzusetzen, der die Weimarer Reichsverfassung im Sinne der besten Verwirklichung gesunder sozialistischer Grundsätze zu überarbeiten hat.

Dasselbe fordert übrigens Bayern: Befreiung der Weimarer Verfassung auf parlamentarischen Wege.

Und die Volkspartei? Sie ist ihrem „besten Mann“ mehr und mehr untreu geworden, und dank der Treu-

losigkeit gegen sich selbst muß Stresemann jetzt zusehen, wie viele seiner politischen Freunde ins Lager der Gegner innerlich abzuwandeln. Die Parole lautet nicht mehr: Stresemann als Reichskanzler, sondern Scholz oder Selge werden bereits als die kommenden Männer genannt. Wenigstens hat sich das aus der am Dienstag bis in die späten Abendstunden dauernden Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion ergeben. Die Vorwürfe gegen Stresemann machten schließlich das Erscheinen des Angeklagten notwendig, ohne daß er durch seine persönliche Verteidigung für sich selbst etwas erreicht hätte.

Die radikale Rechtsablenkung innerhalb der Volkspartei findet ihre Stütze in einflussreichen Kreisen der Zentrumskolonie. Als Anzeichen für die fortschreitende Rechtsorientierung dieser Partei ist auch die am Mittwoch erfolgte Wahl der auf dem äußersten rechten Flügel stehenden Zentrumsmitglieder Stegerwald, Mödner und Lange-Hegemann zu Aufsichtsräten des Berliner Zentrumskongresses, der Germania, zu betrachten. An Stelle des anerkanntesten Kampfes, den dieses Blatt jahrelang gegen die Reichsverfehrer und Feinde der Republik geführt hat, dürfte jetzt die Fehde gegen alles Republikanische treten. Zwar hat die Zentrumskolonie einen endgültigen Beschluß, sich an der Reichsregierung zu beteiligen, noch nicht gefaßt, aber nach der augenblicklich in maßgebenden Zentrumskreisen vorherrschenden Stimmung wird es Herrn Stegerwald gelingen, den größten Teil seiner Fraktionsfreunde gegen den früheren Reichskanzler Dr. Wirth zu einem derartigen Beschluß zu veranlassen.

Aber selbst bei der Zustimmung der Volkspartei und des Zentrums ist ein Rechtskabinett mit den Deutschnationalen ohne weiteres kaum möglich. Parlamentarisch wäre ein Ministerium aus Deutschnationalen, Volksparteilern und Zentrumvertretern schon deshalb nicht regierungsfähig, weil es außer der Sozialdemokratie und den Kommunisten wahrscheinlich auch die Demokraten — vorausgesetzt, daß sie auf ihren bisherigen Beschlüssen beharren —, in der Opposition finden würden. Immerhin ist es bei der Einstellung der Deutschnationalen zum Parlamentarismus und ihrem Einfluß auf weite Kreise der Volkspartei möglich, daß der Versuch gemacht wird, das parlamentarische Hindernis durch

die gänzliche Ausschaltung des Reichstages mit stillschweigender Zustimmung der Zentrumskolonie aus der Welt zu schaffen. Praktisch ließe das zunächst auf eine gewalttätige Amtsenthebung des Reichspräsidenten hinaus, der im Augenblick seine Zustimmung zur Auflösung des Reichstages schon im Anbetracht der für den Bestand des Reiches drohenden innerpolitischen Gefahren nicht geben dürfte. Aber angenommen, daß trotzdem das Parlament mit Gewalt ausgeschaltet würde, können wir uns vorstellen, wie eine Einigung über die allgemeine Politik möglich werden soll. Die Deutschnationalen, die behaupten, bereits ein vollkommen fertiges Regierungsprogramm zu besitzen, verlangen nicht nur einen wesentlichen Anteil an der „Butterkrippe“ im Reich und in Preußen, sondern verlangen u. a. auch die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und eine vollkommene Wende der bisherigen Außenpolitik. Sie wollen also den Bruch mit Frankreich herbeiführen und das deutsche Volk in einen neuen Krieg ziehen, dessen Dauer und Ausgange für einen vernünftigen Menschen nicht zweifelhaft sein kann.

Für das was in den nächsten Tagen geschieht oder nicht geschieht, sind deshalb nur die bürgerlichen Parteien und vor allen Dingen Herr Stresemann verantwortlich, der als Reichskanzler erledigt sein dürfte, ganz gleich, welchen Ausgang die bestehende Krise nimmt. Kommt die Rechtsdiktatur, dann sind wir sicher, daß der übergroße Teil des deutschen Volkes gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen das Direktorium der Inflationäre und des Industriekapitals führen wird. Hierüber schnell Klarheit zu schaffen, ist Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie ist dazu in der Lage durch das Verlangen nach Einberufung des Reichstages.

#### Gleher an Trölich

SPD, Weimar, 7. November. (Sig. Trölich.) Staatsminister Trölich ist als Vorsitzender des Thüringischen Staatsministeriums nach Eingang des Schreibens des Militärbefehlshabers des Reichswerttreises V. des Generalleutnants Reinhardt in Stuttgart, vom 6. November sofort